



2024-0.843.408

# Bescheid

Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) hat durch Senat III, bestehend aus dem Vorsitzenden Mag. Michael Ogris als Senatsvorsitzenden und den weiteren Mitgliedern Mag. Thomas Petz, LL.M., und MMag. Martin Stelzl, über die Beschwerde von A vom 10.11.2024 wie folgt entschieden:

## I. Spruch

Die Beschwerde wird gemäß §§ 35, 36 Abs. 1 Z 1 und § 37 Abs. 1 ORF-Gesetz (ORF-G), BGBl. Nr. 379/1984 idF BGBl. I Nr. 116/2023, als unzulässig zurückgewiesen.

## II. Begründung

### 1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 10.11.2024 erhob A (in Folge: der Beschwerdeführer) bei der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) Beschwerde gegen die Anmoderation zum Beitrag „Mutmaßlicher Zweifachmörder: Insekten könnten Todeszeitpunkt eingrenzen“ in der Sendung „Ö1 Journal um fünf“ im Hörfunkprogramm Ö1 des Österreichischen Rundfunks (ORF, in Folge: der Beschwerdegegner) vom 05.11.2024. Im Wesentlichen führte der Beschwerdeführer aus, dass Roland Drexler in der Anmoderation als tot gefundener „Doppelmörder aus Oberösterreich“ bezeichnet worden sei, obwohl zu dem behaupteten Doppelmord keine rechtskräftige Verurteilung vorgelegen sei und Ö1 keinen Zugang zu seinen medizinischen Akten gehabt habe.

Mit Schreiben vom 29.11.2024 informierte die KommAustria den Beschwerdeführer über die gesetzlichen Beschwerdevoraussetzungen und forderte ihn im Zuge eines Mängelbehebungs-auftrages auf, binnen zwei Wochen darzulegen auf welche Bestimmungen des § 36 Abs. 1 Z 1 ORF-G sich die Beschwerde stütze. Der Beschwerdeführer habe, sofern es sich um eine Beschwerde gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. a oder lit. c ORF-G handle, Angaben zur Beschwerdelegitimation zu machen, oder, sofern es sich um eine Beschwerde gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. b ORF-G handle, eine Liste der notwendigen Unterstützungserklärungen vorzulegen, aufgrund derer die Identität der unterstützenden Personen festgestellt werden könne.

Mit Schreiben vom 08.12.2024 beantragte der Beschwerdeführer eine Fristerstreckung und erkundigte sich über die formalen Voraussetzungen einer Unterschriftenliste. Der Beschwerdeführer brachte vor, dass er gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. a ORF-G Rechtsverletzungen für die Familie

**Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)**

Mariahilfer Straße 77–79  
1060 Wien, Österreich  
www.rtr.at

E: [rtr@rtr.at](mailto:rtr@rtr.at)  
T: +43 1 58058 - 0

geltend mache und er gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. c ORF-G als Medienunternehmen in einem wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnis zum Beschwerdegegner stehe. Er legte einen Auszug aus dem Gewerbeinformationssystem Austria vor, wonach er seit 16.04.2019 das freie Gewerbe Pressefotografie und Fotodesign eingetragen habe. Der Beschwerdeführer ersuchte auch um eine amtswegige Prüfung.

Mit einem zweiten Schreiben vom 08.12.2024 brachte der Beschwerdeführer vor, dass er sich u.a. auch auf § 17a ABGB, das MedienG, das UWG sowie auf wettbewerbsrechtliche Bestimmungen stütze.

Am 09.12.2024 langten zwei Unterstützungserklärungen als E-Mail bei der KommAustria ein.

Mit Schreiben vom 10.12.2024 informierte die KommAustria den Beschwerdeführer über die formalen Voraussetzungen für Unterstützungserklärungen. Sie führte darüber hinaus aus, dass es, soweit der Beschwerdeführer Rechtsverletzungen für die Familie geltend mache, an jeglichem Vorbringen bzw. Nachweis zur Angehörigeneigenschaft fehle. Sofern der Beschwerdeführer gemäß § 10 AVG als Vertreter für Familienangehörige tätig werde, müsse er klarstellen, welche Person als Beschwerdeführer auftrete. Schließlich teilte die KommAustria dem Beschwerdeführer mit, die Fristerstreckung nicht zu gewähren, weil es sich bei den Unterstützungserklärungen um ein zwingendes Erfordernis an den Beschwerdeinhalt handle, welches zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist gemäß § 36 Abs. 3 ORF-G vorliegen müsse.

Mit Schreiben vom 01.01.2025 übermittelte der Beschwerdeführer eine Lebensbestätigung und ersuchte um Mitteilung, wer aufgrund welcher Rechtsgrundlage für die Familie antragslegitimiert sei, ob dies mit § 36a AVG korreliere und aufgrund welcher Tatsachenfeststellungen festgestellt worden sei, dass er nicht für die Familie antragslegitimiert sei. Der Beschwerdeführer ersuchte um Information, wer aufgrund welcher Rechtsgrundlage eine Verwandtschaftsbestätigung ausstellen könne, die ausreiche, damit er für die Familie antragslegitimiert sei.

## **2. Sachverhalt**

Amtsbekannt ist, dass der 56-jährige Roland Drexler am 28.10.2024 zwei Menschen in Oberösterreich erschossen hat. Ab 29.10.2024 wurde öffentlich nach ihm gefahndet. Am 02.11.2024 wurde seine Leiche entdeckt.

Aufgrund der Beschwerde sowie des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender weiterer entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

### **2.1. Beschwerdeführer**

Der Beschwerdeführer ist Einzelunternehmer mit Tätigkeitsschwerpunkt Fotografie und Fotolabor. Er steht in keinem Angehörigenverhältnis zu der von der Berichterstattung betroffenen (verstorbenen) Person und tritt auch nicht als Vertreter von Familienangehörigen der betroffenen Person auf.

Im Laufe des Verfahrens sind bei der KommAustria zwei auf die gegenständliche Beschwerde bezogene Unterstützungserklärungen eingelangt.

## 2.2. Beschwerdegegner

Der Beschwerdegegner ist gemäß § 1 Abs. 1 iVm Abs. 2 ORF-G eine Stiftung, deren Zweck die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gemäß den §§ 3 bis 5 ORF-G ist.

## 2.3. Beitrag „Mutmaßlicher Zweifachmörder: Insekten könnten Todeszeitpunkt eingrenzen“

Am 05.11.2024 wurde im Hörfunkprogramm des Beschwerdegegners „Ö1“ in der Sendung „Ö1 Journal um fünf“ von ca. 17:05:42 bis 17:05:50 Uhr die Anmoderation des Beitrages „Mutmaßlicher Zweifachmörder: Insekten könnten Todeszeitpunkt eingrenzen“ ausgestrahlt.

Die Anmoderation hatte folgenden Inhalt:

Moderation: *„Auch nachdem der Doppelmörder aus Oberösterreich am Wochenende tot gefunden worden ist, bleiben für die Ermittler noch viele Fragen offen. Wie lange war Roland Drexler auf der Flucht? Wann hat er sich das Leben genommen? All das ist auch nach der Obduktion weiter unklar. Die Gerichtsmedizin bräuchte nämlich weitere Daten, berichtet Jürgen Pettinger.“*

Der anschließende Beitrag von ca. 17:05:51 bis 17:06:53 Uhr bestand aus einer Berichterstattung zur aktuellen Lage sowie einem Interview mit dem zuständigen Leiter der Gerichtsmedizin. In dem Beitrag selbst wurde Roland Drexler als „mutmaßlicher Mörder“ und „Verdächtiger“ bezeichnet.

## 3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen zu dem mutmaßlichen Tathergang sowie der öffentlichen Fahndung sind (aus der allgemeinen medialen Berichterstattung) amtsbekannt.

Die Feststellungen zum Beschwerdeführer sowie dessen Unternehmensgegenstand beruhen auf dem unbestrittenen Beschwerdevorbringen und dem vorgelegten Gewerberegisterauszug.

Die Feststellungen zum Inhalt der inkriminierten Anmoderation in der Sendung „Ö1 Journal um fünf“ vom 05.11.2024 beruhen auf dem von dem Beschwerdeführer vorgelegten Auszug sowie auf die Einsichtnahme der KommAustria in die Sendung.

Die Feststellungen, dass der Beschwerdeführer in keinem Angehörigenverhältnis zu der von der Berichterstattung betroffenen Person steht und nicht als Vertreter von Familienangehörigen der betroffenen Person auftritt, ergeben sich aus dem fehlenden diesbezüglichen Vorbringen durch den Beschwerdeführer. Auf ausdrückliche Aufforderung der KommAustria, dies klarzustellen und bejahendenfalls zu belegen, behauptete der Beschwerdeführer weder ein Angehörigenverhältnis noch stützte er sich auf eine Vertretungsbefugnis. Der Beschwerdeführer legte im Zuge seiner Eingabe vom 01.01.2025 lediglich eine Lebensbestätigung nach § 58 Abs. 1 Z 3 PStG vor, wodurch nur der Umstand nachgewiesen wird, dass sein Tod noch nicht im Zentralen Personenstandsregister eingetragen wurde.



## **4. Rechtliche Beurteilung**

### **4.1. Zuständigkeit der Behörde**

Gemäß § 35 ORF-G obliegt die Rechtsaufsicht über den Österreichischen Rundfunk der Regulierungsbehörde. Gemäß § 35 Abs. 3 ORF-G ist die Regulierungsbehörde die KommAustria.

### **4.2. Beschwerde Voraussetzungen**

§ 36 ORF-G lautet auszugsweise:

#### *„Rechtsaufsicht*

*§ 36. (1) Die Regulierungsbehörde entscheidet neben den anderen in diesem Bundesgesetz und im KommAustria-Gesetz genannten Fällen – soweit dafür nicht eine andere Verwaltungsbehörde oder ein Gericht zuständig ist – über die Verletzung von Bestimmungen dieses Bundesgesetzes mit Ausnahme der Bestimmungen des 5a. Abschnittes oder über die Verletzung des Umfangs eines Angebotskonzepts einschließlich allfälliger nach § 6b Abs. 2 erteilten Auflagen*

*1. auf Grund von Beschwerden*

- a. einer Person, die durch eine Rechtsverletzung unmittelbar geschädigt zu sein behauptet;*
- b. einer Person, die für ihren Hauptwohnsitz den ORF-Beitrag entrichtet oder vom ORF-Beitrag befreit ist, sofern die Beschwerde von mindestens 120 solchen Personen oder Personen, die mit einer zur Entrichtung des ORF-Beitrags verpflichteten oder davon befreiten Person an derselben Adresse im gemeinsamen Haushalt leben, unterstützt wird sowie*
- c. eines Unternehmens, dessen rechtliche oder wirtschaftliche Interessen durch die behauptete Verletzung berührt werden.*

*[...]*

*3. von Amts wegen*

- a. soweit der begründete Verdacht besteht, dass gemäß § 3 Abs. 5 Z 2 bereitgestellte Angebote oder gemäß § 3 Abs. 8 veranstaltete Programme nicht dem durch die §§ 4b bis 4f und die Angebotskonzepte (§ 5a), einschließlich allfälliger nach § 6b Abs. 2 erteilter Auflagen, gezogenen Rahmen entsprechen;*
- b. auf Grundlage von Prüfungsberichten gemäß § 40 Abs. 6, soweit der begründete Verdacht einer Verletzung der Bestimmungen der §§ 8a, 31 Abs. 17a, 31c und 39 bis 39b besteht.*

*(2) Die Unterstützung einer Beschwerde gemäß Abs. 1 Z 1 lit. b ist durch eine Unterschriftenliste nachzuweisen, aus der die Identität der Personen, die die Beschwerde unterstützen, festgestellt werden kann.*

*(3) Beschwerden sind innerhalb von sechs Wochen, Anträge sind innerhalb von sechs Monaten, gerechnet vom Zeitpunkt der behaupteten Verletzung dieses Bundesgesetzes, einzubringen. Offensichtlich unbegründete Beschwerden und Anträge sind ohne weiteres Verfahren zurückzuweisen.*

*[...]“*

#### **4.2.1. Rechtzeitigkeit**

Die Beschwerde richtet sich gegen die Anmoderation des Beitrages „Mutmaßlicher Zweifachmörder: Insekten könnten Todeszeitpunkt eingrenzen“ in der Sendung „Ö1 Journal um fünf“ vom 05.11.2024. Der Beschwerdeführer brachte die Beschwerde am 10.11.2024 und somit jedenfalls rechtzeitig ein.

#### **4.2.2. Beschwerdelegitimation**

Der Beschwerdeführer stützt seine Beschwerdelegitimation auf § 36 Abs. 1 Z 1 lit. a, b und c ORF-G und beantragt darüber hinaus eine Prüfung von Amts wegen.

Für die Beschwerdelegitimation nach § 36 Abs. 1 Z 1 lit. a ORF-G („Individualbeschwerde“) ist wesentlich, dass durch die behauptete Verletzung eine Person unmittelbar geschädigt ist. Eine solche Schädigung umfasst nach der Rechtsprechung neben der materiellen auch die immaterielle Schädigung. Diese muss zumindest im Bereich der Möglichkeit liegen, das heißt, sie darf nicht von vorneherein ausgeschlossen sein (vgl. Bundeskommunikationssenat [BKS] 18.10.2010, 611.929/0002-BKS/2010). Immaterielle Schäden begründen dann eine Beschwerdelegitimation, wenn der Schaden aus der Rechtsordnung unmittelbar ableitbare rechtliche Interessen betrifft, denen der Gesetzgeber Rechtsschutz zuerkennt (vgl. BKS 25.02.2013, 611.807/0002-BKS/2013). Solche Interessen sind etwa die Ehrenbeleidigung gemäß § 1330 ABGB oder die Ruf- und Kredit-schädigung (vgl. BKS 31.03.2005, 611.935/0002-BKS/2005). Als mögliche immaterielle Schäden im Sinne des § 36 Abs. 1 Z 1 lit. a ORF-G können allerdings ausschließlich solche angesehen werden, die insbesondere aufgrund ihrer Individualisierbarkeit hinsichtlich der Person des „Geschädigten“ an objektivierbaren Kriterien festgemacht werden können (vgl. BKS 10.12.2007, 611.929/0007-BKS/2007; 27.06.2008, 611.967/0010-BKS/2008; 11.12.2013, 611.929/0002-BKS/2013; Bundesverwaltungsgericht [BVwG] 12.09.2019, W120 2149693-1/6E; 12.11.2019, W249 2178977-1/14E).

Der Beschwerdeführer selbst ist nicht Gegenstand der Berichterstattung. Im Bereich der behaupteten Verletzung von Persönlichkeitsrechten ist jedoch davon auszugehen, dass eine Beschwerdelegitimation auch nach dem Tod des Betroffenen fortbesteht (vgl. OGH 29.08.2002, 6 Ob 283/01p mwN). Höchstpersönliche Rechte, wie das Recht auf Ehre und des guten Rufes, erlöschen nicht nach dem Tod, sondern bestehen in einem eingeschränkten Umfang weiter und können nach dem Tod von nahen Angehörigen geltend gemacht werden (KommAustria 15.12.2015, KOA 12.029/15.010).

Der Beschwerdeführer hat trotz Aufforderung weder konkret vorgebacht noch nachgewiesen, dass er seine Beschwerde als (naher) Angehöriger des Betroffenen erhebe. Zudem behauptete der Beschwerdeführer auch nicht, Rechtsverletzungen als Vertreter für nahe Angehörige des Betroffenen geltend zu machen.

Es liegt somit keine unmittelbare Schädigung iSd § 36. Abs. 1 Z 1 lit a ORF-G vor.

Für die Beschwerdelegitimation nach § 36 Abs. 1 Z 1 lit. b ORF-G („Popularbeschwerde“) muss der Beschwerdeführer für seinen Hauptwohnsitz den ORF-Beitrag entrichten oder vom ORF-Beitrag befreit sein und die Beschwerde muss von mindestens 120 solcher Personen oder Personen, die mit einer zur Entrichtung des ORF-Beitrags verpflichteten oder davon befreiten Person an derselben Adresse im gemeinsamen Haushalt leben, unterstützt werden.

Die Vorlage der notwendigen Unterstützungserklärungen gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. b ORF-G stellt nach Auffassung des Bundeskommunikationssenates ein gesetzlich normiertes zwingendes Erfordernis an den Beschwerdeinhalt dar (vgl. BKS 21.01.2008, 611.901/0002-BKS/2008, sowie RFK 11.04.1985, RfR 1985, 35).

Gemäß § 36 Abs. 3 ORF-G sind Beschwerden innerhalb von sechs Wochen, gerechnet vom Zeitpunkt der behaupteten Verletzung des ORF-G, einzubringen. Dem Antrag des Beschwerdeführers auf Fristverlängerung zur Nachreichung eines zwingenden Beschwerdeinhalts war demnach nicht zu entsprechen.

Bei der KommAustria sind zwei auf die gegenständliche Beschwerde bezogene Unterstützungserklärungen eingelangt, womit die notwendige Anzahl an Unterstützungserklärungen jedenfalls nicht erreicht wurde und keine Beschwerdelegitimation gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. b ORF-G gegeben ist.

Für die Beschwerdelegitimation nach § 36 Abs. 1 Z 1 lit. c ORF-G („Konkurrentenbeschwerde“) ist wesentlich, dass durch die behauptete Verletzung rechtliche oder wirtschaftliche Interessen eines Unternehmens berührt werden. Voraussetzung ist nach der Rechtsprechung, dass ein spezifisches Wettbewerbsverhältnis zwischen den Unternehmen vorliegt (vgl. VfGH 23.09.2008, B 1461/07 [zu BKS 18.06.2007, 611.960/0004-BKS/2007]). Ein solches ist anzunehmen, wenn sich das beschwerdeführende Unternehmen am selben oder auf einem vor- oder nachgelagerten Markt in einer Wettbewerbssituation zum ORF oder zu einem seiner Tochterunternehmen befindet (BKS 25.09.2006, 611.933/0006-BKS/2006), oder wenn eine solche zwischen dem beschwerdeführenden Unternehmen und jenen Unternehmen besteht, die unmittelbar Gegenstand der Berichterstattung durch den ORF waren (vgl. BKS 29.01.2007, 611.954/0004-BKS/2007).

Der Beschwerdeführer bringt vor, er stehe als Pressefotograf im Wettbewerb zum ORF und seine wirtschaftlichen Interessen würden geschädigt, wenn der Beschwerdegegner rechtswidrig berichten könne, während er an die Einhaltung der Gesetze gebunden sei.

Hierbei übersieht der Beschwerdeführer, dass die Rechtsprechung ein spezifisches Wettbewerbsverhältnis zwischen Unternehmen voraussetzt, in das durch die Berichterstattung eingegriffen wird (vgl. VfGH 23.09.2008, B 1461/07). Verfahrensgegenständlich ist die Anmoderation zum Beitrag „Mutmaßlicher Zweifachmörder: Insekten könnten Todeszeitpunkt eingrenzen“ in der Sendung „Ö1 Journal um fünf“ vom 05.11.2024.

Die KommAustria vermag nicht zu erkennen, dass der Beschwerdeführer als Pressefotograf mit dem Beschwerdegegner vorliegend in einem unmittelbaren Wettbewerbsverhältnis steht.

Die Argumentation des Beschwerdeführers zur Begründung eines spezifischen Wettbewerbsverhältnisses würde im Ergebnis dazu führen, dass jede in der Medienbranche tätige Person zu jeglicher Berichterstattung des Beschwerdegegners beschwerdelegitimiert wäre. Gerade dies ist mit dieser Bestimmung nicht intendiert, soll die Konkurrentenbeschwerde doch nur für spezifische Wettbewerbsverhältnisse erleichterte Zugangsmöglichkeiten gegenüber dem „Normalfall“ der Individualbeschwerde bieten (vgl. BKS 29.01.2007, 611.954/0004-BKS/2007).

Zusätzlich zum Nachweis des spezifischen Wettbewerbsverhältnisses ist die Darlegung der Auswirkungen rechtlicher oder wirtschaftlicher Art eine Beschwerdevoraussetzung (mwN *Kogler/Traimer/Truppe*, Österreichische Rundfunkgesetze<sup>4</sup> 338 f).

Selbst bei Vorliegen eines Wettbewerbsverhältnisses wäre für die KommAustria nicht ersichtlich, inwiefern die Bezeichnung „Doppelmörder aus Oberösterreich“ in der Anmoderation zum Beitrag „Mutmaßlicher Zweifachmörder: Insekten könnten Todeszeitpunkt eingrenzen“ in der Sendung „Ö1 Journal um fünf“ vom 05.11.2024 wirtschaftliche Auswirkungen auf den Beschwerdeführer als Pressefotografen und Fotodesigner haben hätte können.

Dem Beschwerdeführer kommt somit auch keine Beschwerdelegitimation gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. c ORF-G zu.

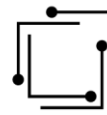
Die Beschwerde war daher spruchgemäß zurückzuweisen.

Ein amtswegiges Tätigwerden der KommAustria kommt schon nach dem insofern eindeutigen Wortlaut des § 36 Abs. 1 Z 3 ORF-G, der ein solches nur für spezifische, hier nicht einschlägige Fälle vorsieht, nicht in Betracht.

### **III. Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt Österreich (IBAN: AT830100000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / 2024-0.843.408“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.



**KommAustria**  
Kommunikationsbehörde Austria

Wien, am 26.02.2025

**Kommunikationsbehörde Austria**  
Der Senatsvorsitzende

Mag. Michael Ogris  
(Vorsitzender)